Bericht über Republikfluchten im November 1956

In einem Bericht fasste die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe der Staatssicherheit zusammen, wie sich die Republikfluchten im November 1956 entwickelten. Daraus wird deutlich, dass wegen des Ungarischen Volksaufstands immer mehr Studenten in den Westen flohen.

Am 23. Oktober 1956 forderten Studenten der Budapester Universitäten auf einer Großdemonstration bürgerliche Freiheitsrechte, ein parlamentarisches Regierungssystem und nationale Unabhängigkeit. Sie bekundeten damit ihre Sympathie für einen Arbeiteraufstand in Polen drei Monate zuvor. Zudem verlangten die Demonstranten die Rückkehr von Imre Nagy als Ministerpräsident. Er hatte das Land von 1953 bis 1955 regiert und dabei einige Reformen angestoßen.

Dieser Volksaufstand in Ungarn vom Herbst 1956 löste beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Unruhe aus. Die Erinnerungen an den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 waren noch frisch und die ostdeutsche Geheimpolizei wollte um jeden Preis verhindern, dass die explosive Stimmung auf das eigene Land übersprang. Die SED-Parteizeitung "Neues Deutschland" sprach schon am 25. Oktober von einem "Putsch konterrevolutionärer Elemente". Die DDR-Führung versuchte die Bevölkerung durch sozialpolitisches Entgegenkommen zu beruhigen und das MfS wollte die Bürger durch Abschreckung disziplinieren.

Dass dies nur unzureichend gelang, belegt der Bericht der Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) über die Republikfluchten im November 1956. Darüber benennt die "Information" auch die eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtbewegung.

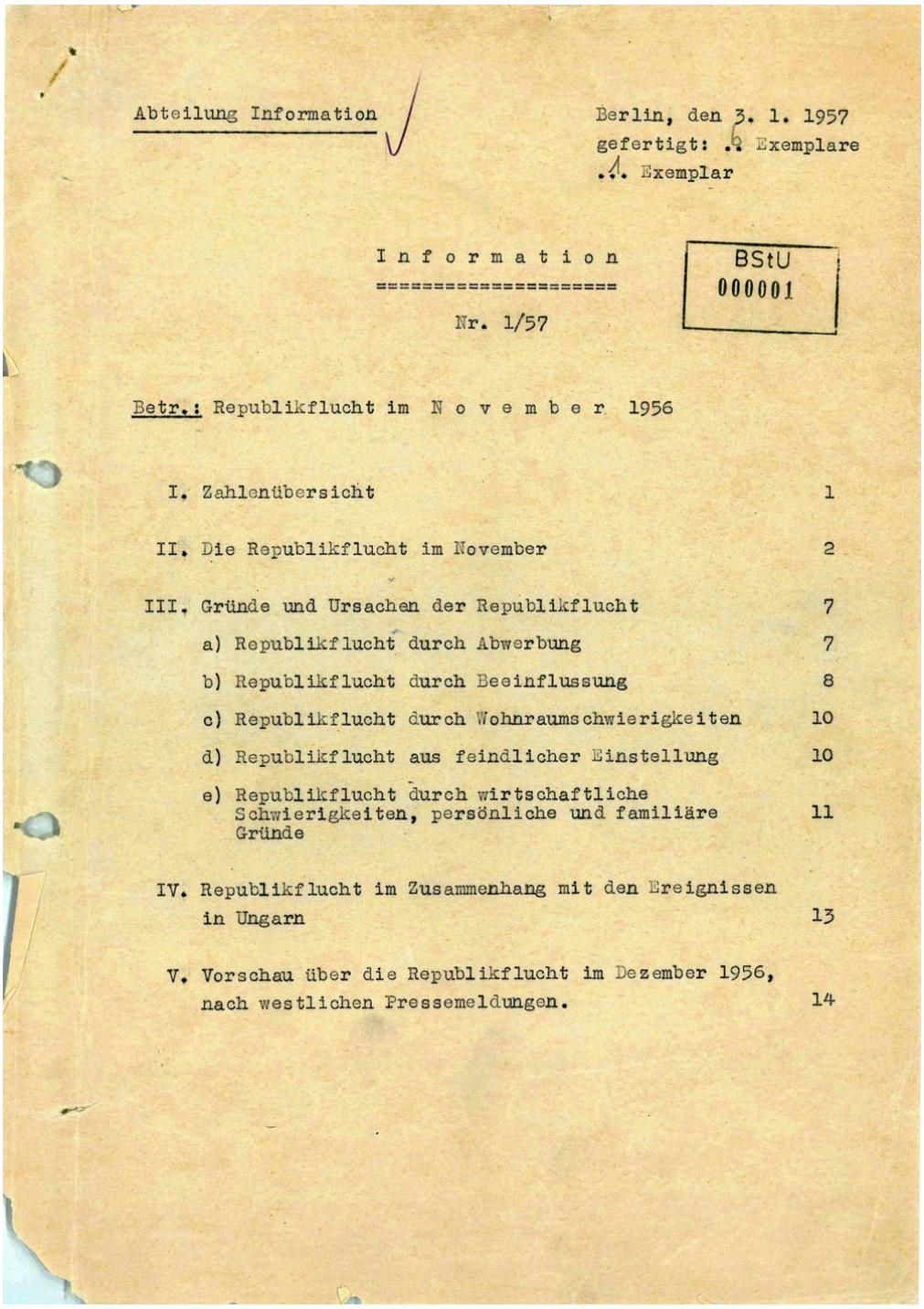
Außer einem Überblick über die Gesamtzahlen differenziert der Bericht die Republikflüchtigen auch nach Berufsgruppen und ihren vermutlichen Beweggründen. Insgesamt flüchteten im November 1956 weniger Menschen aus der DDR als in den vorangegangenen Monaten. Lediglich unter den politisch sensibilisierten Studenten gab es einen Zuwachs, vermutlich wegen dem Ungarischen Volksaufstand.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument
Urheber: MfS
Datum: 03. Januar 1957
Zustand: Gut

Bericht über Republikfluchten im November 1956



Abteilung Information

Berlin, den 3. 1. 1957
gefertigt: 6 Exemplare
1. Exemplar

BStU
000001

I n f o r m a t i o n
==========
Nr. 1/57

Betr.: Republikflucht im N o v e m b e r 1956

I. Zahlenübersicht 1

II. Die Republikflucht im November 2

III. Gründe und Ursachen der Republikflucht 7

a) Republikflucht durch Abwerbung 7

b) Republikflucht durch Beeinflussung 8

c) Republikflucht durch Wohnraumschwierigkeiten 10

d) Republikflucht aus feindlicher Einstellung 10

e) Republikflucht durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, persönliche und familiäre Gründe 11

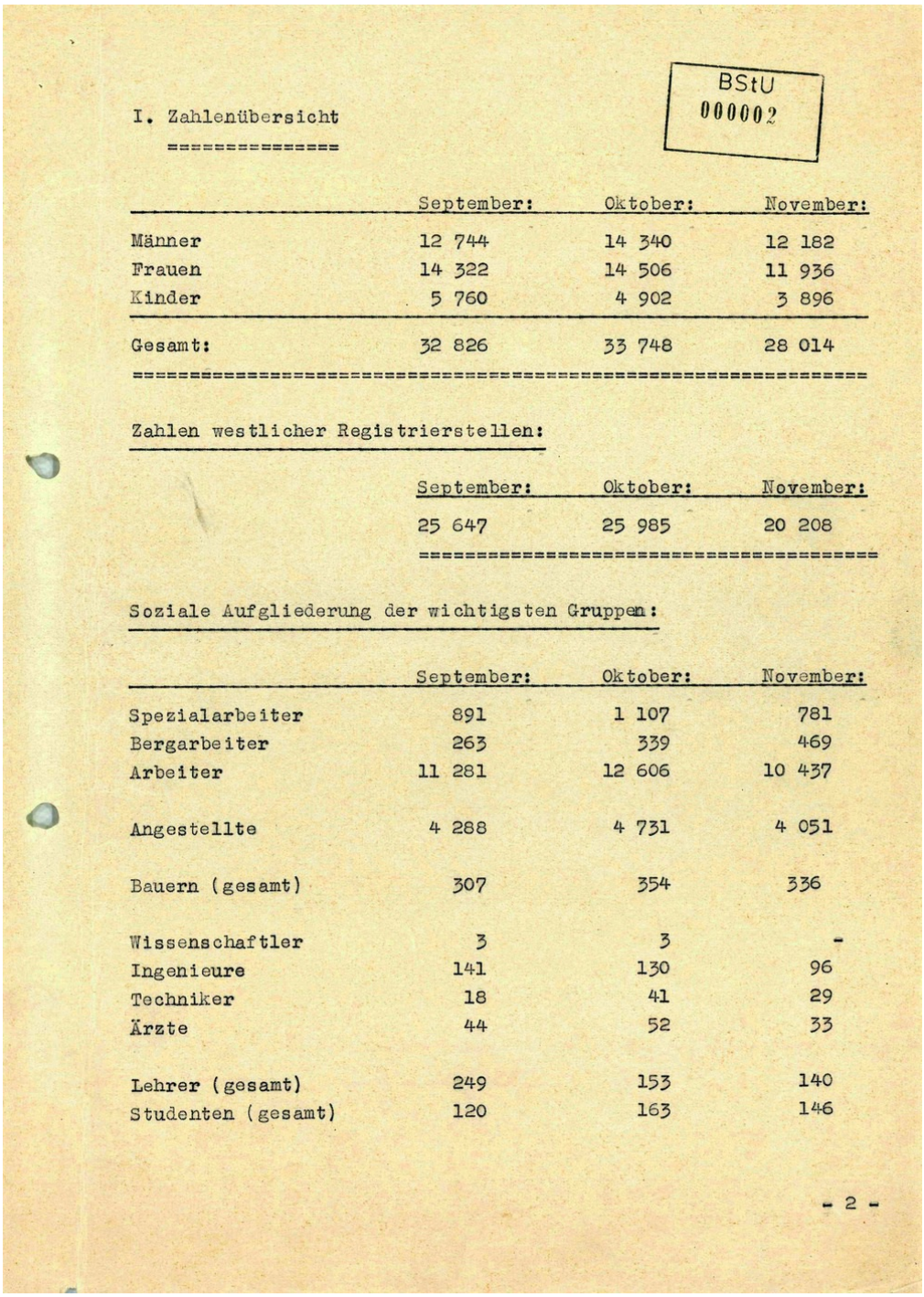
IV. Republikflucht im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn 13

V. Vorschau über die Republikflucht im Dezember 1956, nach westlichen Pressemeldungen. 14

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 1

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000002

I. Zahlenübersicht

	September:	Oktober:	November:
Männer	12 744	14 340	12 182
Frauen	14 322	14 506	11 936
Kinder	5 760	4 902	3 896
Gesamt:	32 826	33 748	28 014

Zahlen westlicher Registrierstellen:

September:	Oktober:	November:
25 647	25 985	20 208

Soziale Aufgliederung der wichtigsten Gruppen:

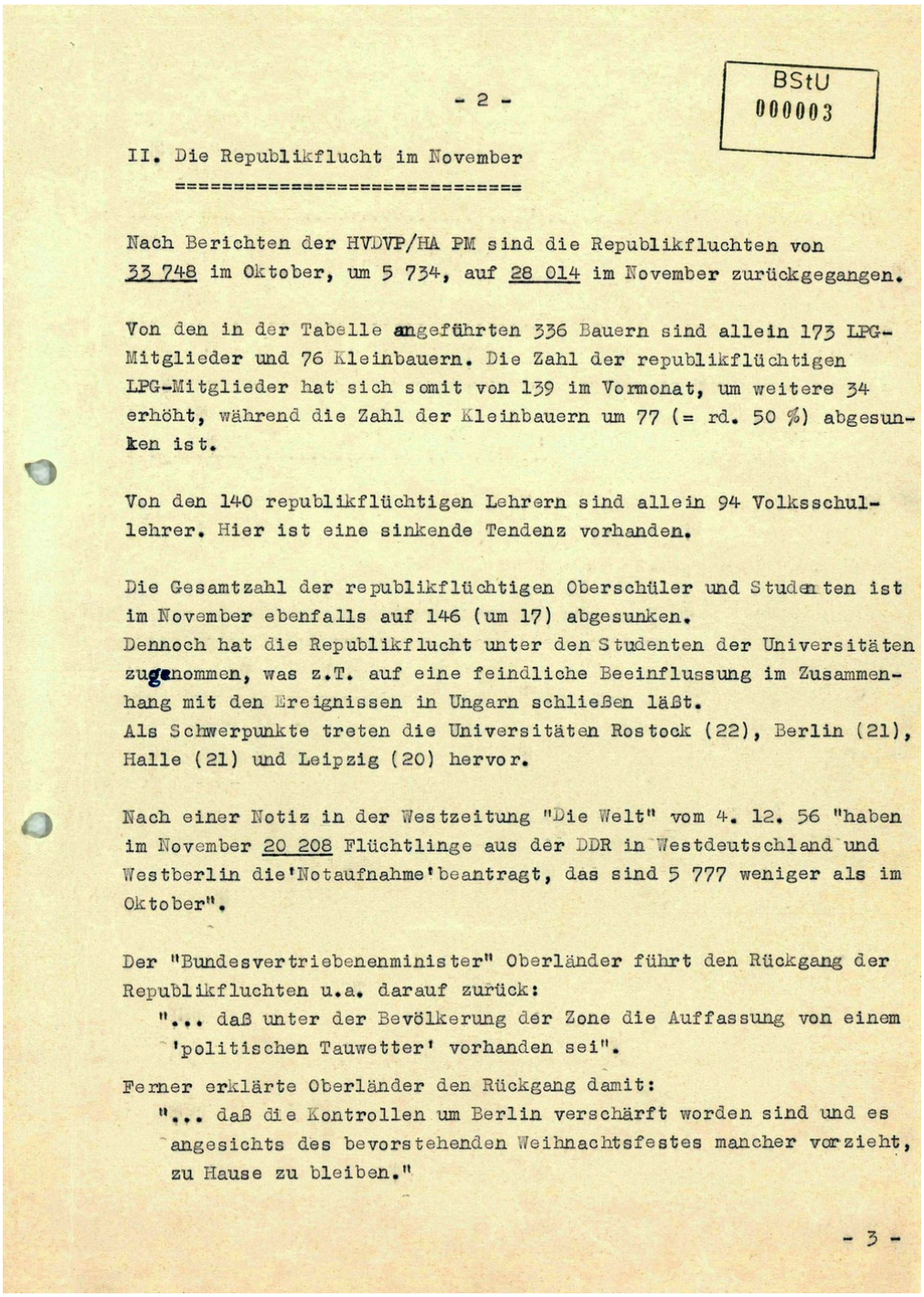
	September:	Oktober:	November:
Spezialarbeiter	891	1 107	781
Bergarbeiter	263	339	469
Arbeiter	11 281	12 606	10 437
Angestellte	4 288	4 731	4 051
Bauern (gesamt)	307	354	336
Wissenschaftler	3	3	-
Ingenieure	141	130	96
Techniker	18	41	29
Ärzte	44	52	33
Lehrer (gesamt)	249	153	140
Studenten (gesamt)	120	163	146

- 2 -

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 2

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000003

II. Die Republikflucht im November

Nach Berichten der HVDVP/HA PM sind die Republikfluchten von 33 748 im Oktober, um 5 734, auf 28 014 im November zurückgegangen.

Von den in der Tabelle angeführten 336 Bauern sind allein 173 LPG-Mitglieder und 76 Kleinbauern. Die Zahl der republikflüchtigen LPG-Mitglieder hat sich somit von 139 im Vormonat, um weitere 34 erhöht, während die Zahl der Kleinbauern um 77 (= rd. 50 %) abgesunken ist.

Von den 140 republikflüchtigen Lehrern sind allein 94 Volksschullehrer. Hier ist eine sinkende Tendenz vorhanden.

Die Gesamtzahl der republikflüchtigen Oberschüler und Studenten ist im November ebenfalls auf 146 (um 17) abgesunken.
Dennoch hat die Republikflucht unter den Studenten der Universitäten zugenommen, was z.T. auf eine feindliche Beeinflussung im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn schließen läßt.
Als Schwerpunkte treten die Universitäten Rostock (22), Berlin (21), Halle (21) und Leipzig (20) hervor.

Nach einer Notiz in der Westzeitung "Die Welt" vom 4. 12. 56 "haben im November 20 208 Flüchtlinge aus der DDR in Westdeutschland und Westberlin die 'Notaufnahme' beantragt, das sind 5 777 weniger als im Oktober".

Der "Bundesvertriebenenminister" Oberländer führt den Rückgang der Republikfluchten u.a. darauf zurück:

"... daß unter der Bevölkerung der Zone die Auffassung von einem 'politischen Tauwetter' vorhanden sei".

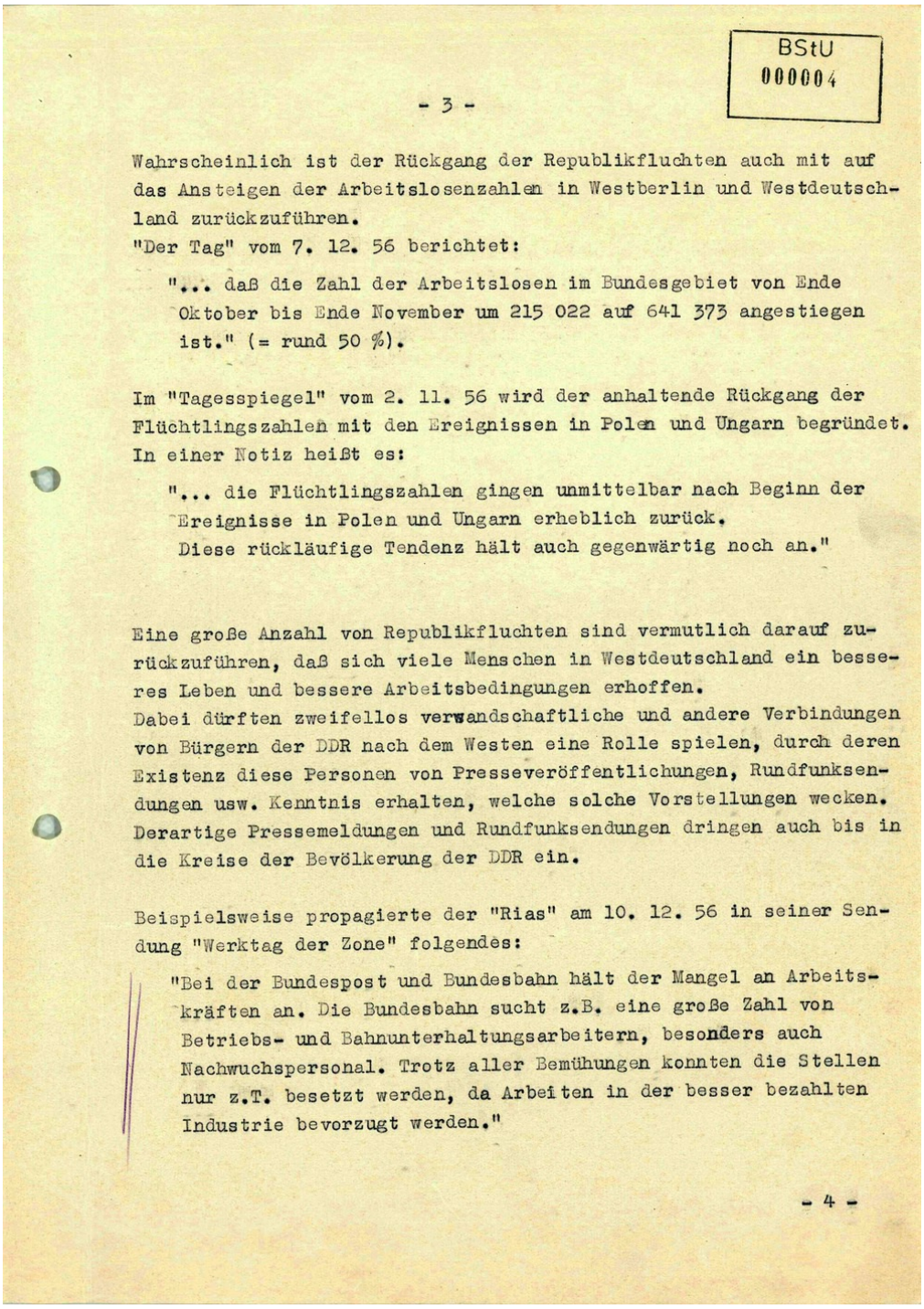
Ferner erklärte Oberländer den Rückgang damit:

"... daß die Kontrollen um Berlin verschärft worden sind und es angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes mancher vorzieht, zu Hause zu bleiben."

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 3

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000004

Wahrscheinlich ist der Rückgang der Republikfluchten auch mit auf das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Westberlin und Westdeutschland zurückzuführen.
"Der Tag" vom 7. 12. 56 berichtet:

"... daß die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet von Ende Oktober bis Ende November um 215 022 auf 641 373 angestiegen ist." (= rund 50 %).

Im "Tagesspiegel" vom 2. 11. 56 wird der anhaltende Rückgang der Flüchtlingszahlen mit den Ereignissen in Polen und Ungarn begründet. In einer Notiz heißt es:

"... die Flüchtlingszahlen gingen unmittelbar nach Beginn der Ereignisse in Polen und Ungarn erheblich zurück.
Diese rückläufige Tendenz hält auch gegenwärtig noch an."

Eine große Anzahl von Republikfluchten sind vermutlich darauf zurückzuführen, daß sich viele Menschen in Westdeutschland ein besseres Leben und bessere Arbeitsbedingungen erhoffen.
Dabei dürften zweifellos verwandschaftliche und andere Verbindungen von Bürgern der DDR nach dem Westen eine Rolle spielen, durch deren Existenz diese Personen von Presseveröffentlichungen, Rundfunksendungen usw. Kenntnis erhalten, welche solche Vorstellungen wecken. Derartige Pressemeldungen und Rundfunksendungen dringen auch bis in die Kreise der Bevölkerung der DDR ein.

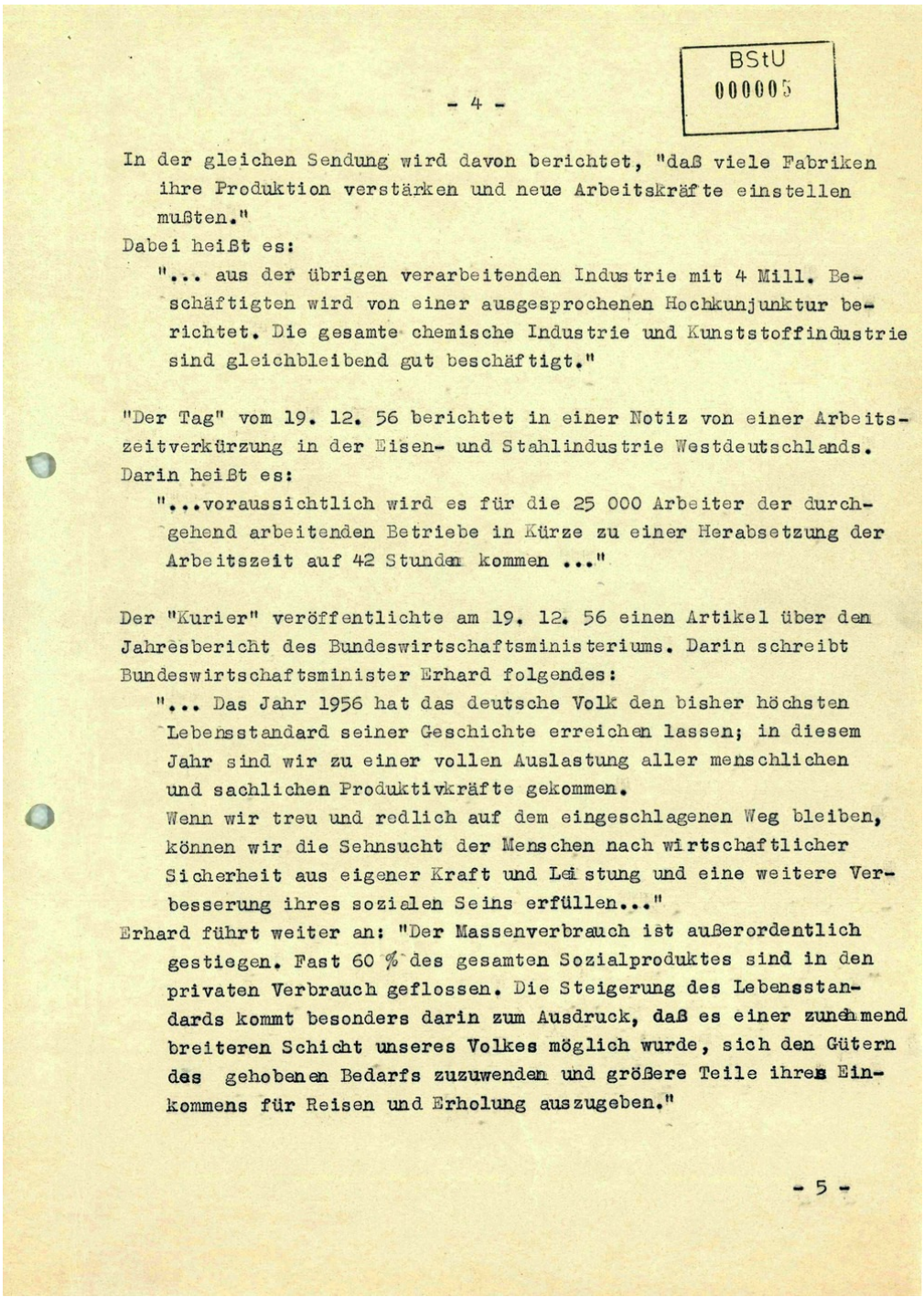
Beispielsweise propagierte der "Rias" am 10. 12. 56 in seiner Sendung "Werktag der Zone" folgendes:

"Bei der Bundespost und Bundesbahn hält der Mangel an Arbeitskräften an. Die Bundesbahn sucht z.B. eine große Zahl von Betriebs- und Bahnunterhaltungsarbeitern, besonders auch Nachwuchspersonal. Trotz aller Bemühungen konnten die Stellen nur z.T. besetzt werden, da Arbeiten in der besser bezahlten Industrie bevorzugt werden."

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 4

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000005

In der gleichen Sendung wird davon berichtet, "daß viele Fabriken ihre Produktion verstärken und neue Arbeitskräfte einstellen mußten."
Dabei heißt es:

"... aus der übrigen verarbeitenden Industrie mit 4 Mill. Beschäftigten wird von einer ausgesprochenen Hochkunjunktur berichtet. Die gesamte chemische Industrie und Kunststoffindustrie sind gleichbleibend gut beschäftigt."

"Der Tag" vom 19. 12. 56 berichtet in einer Notiz von einer Arbeitszeitverkürzung in der Eisen- und Stahlindustrie Westdeutschlands.
Darin heißt es:

"...voraussichtlich wird es für die 25 000 Arbeiter der durchgehend arbeitenden Betriebe in Kürze zu einer Herabsetzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden kommen ..."

Der "Kurier" veröffentlichte am 19. 12. 56 einen Artikel über den Jahresbericht des Bundeswirtschaftsministeriums. Darin schreibt Bundeswirtschaftsminister Erhard folgendes:

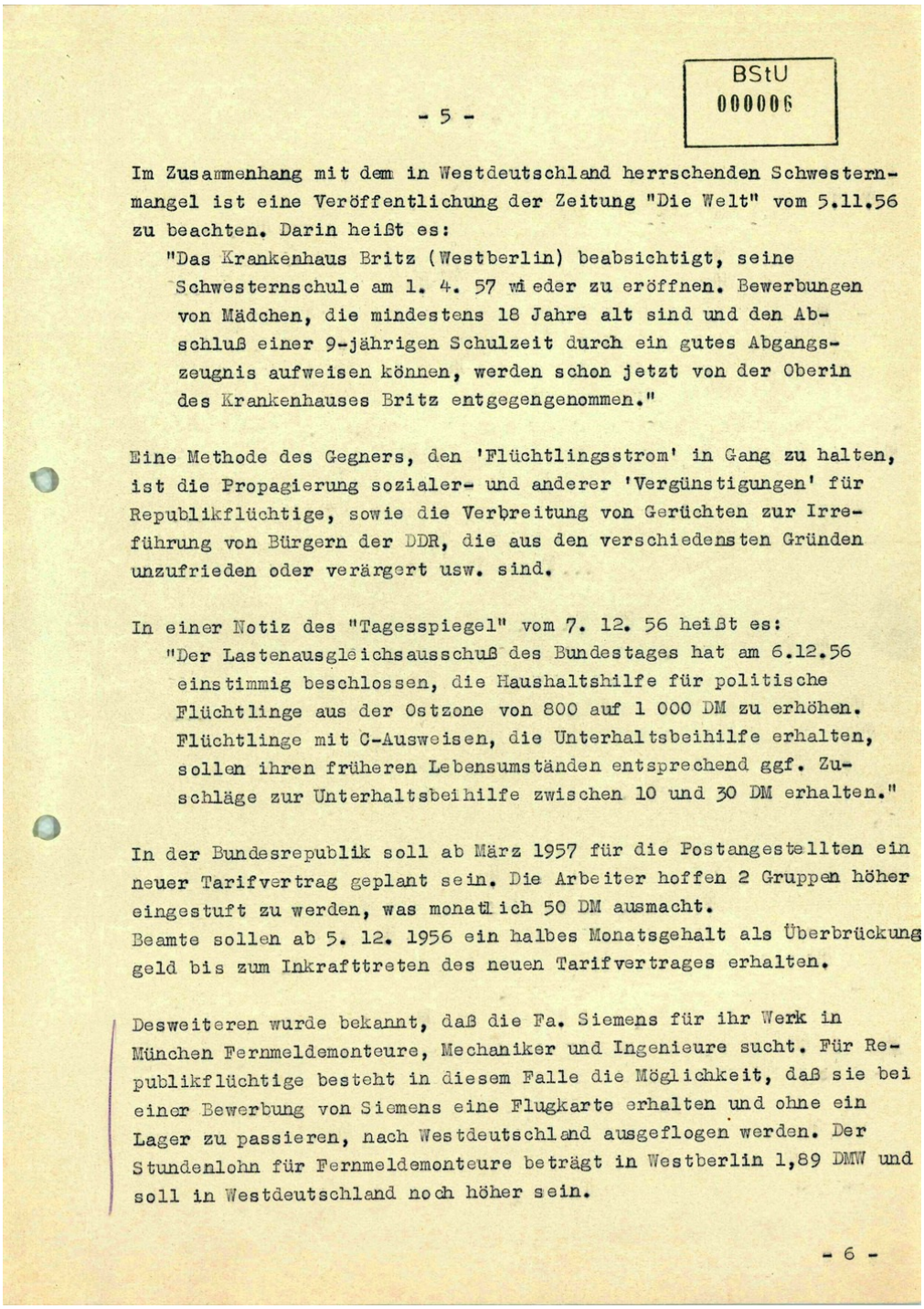
"... Das Jahr 1956 hat das deutsche Volk den bisher höchsten Lebensstandard seiner Geschichte erreichen lassen; in diesem Jahr sind wir zu einer vollen Auslastung aller menschlichen und sachlichen Produktivkräfte gekommen.
Wenn wir treu und redlich auf dem eingeschlagenen Weg bleiben, können wir die Sehnsucht der Menschen nach wirtschaftlicher Sicherheit aus eigener Kraft und Leistung und eine weitere Verbesserung ihres sozialen Seins erfüllen..."

Erhard führt weiter an: "Der Massenverbrauch ist außerordentlich gestiegen. Fast 60 % des gesamten Sozialproduktes sind in den privaten Verbrauch geflossen. Die Steigerung des Lebensstandards kommt besonders darin zum Ausdruck, daß es einer zunehmend breiteren Schicht unseres Volkes möglich wurde, sich den Gütern des gehobenen Bedarfs zuzuwenden und größere Teile ihres Einkommens für Reisen und Erholung auszugeben."

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 5

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000006

Im Zusammenhang mit dem in Westdeutschland herrschenden Schwesternmangel ist eine Veröffentlichung der Zeitung "Die Welt" vom 5.11.56 zu beachten. Darin heißt es:

"Das Krankenhaus Britz (Westberlin) beabsichtigt, seine Schwesternschule am 1. 4. 57 wieder zu eröffnen. Bewerbungen von Mädchen, die mindestens 18 Jahre alt sind und den Abschluß einer 9-jährigen Schulzeit durch ein gutes Abgangszeugnis aufweisen können, werden schon jetzt von der Oberin des Krankenhauses Britz entgegengenommen."

Eine Methode des Gegners, den 'Flüchtlingsstrom' in Gang zu halten, ist die Propagierung sozialer- und anderer 'Vergünstigungen' für Republikflüchtige, sowie die Verbreitung von Gerüchten zur Irreführung von Bürgern der DDR, die aus den verschiedensten Gründen unzufrieden oder verärgert usw. sind.

In einer Notiz des "Tagesspiegel" vom 7. 12. 56 heißt es:

"Der Lastenausgleichsausschuß des Bundestages hat am 6.12.56 einstimmig beschlossen, die Haushaltshilfe für politische Flüchtlinge aus der Ostzone von 800 auf 1 000 DM zu erhöhen. Flüchtlinge mit C-Ausweisen, die Unterhaltsbeihilfe erhalten, sollen ihren früheren Lebensumständen entsprechend ggf. Zuschläge zur Unterhaltsbeihilfe zwischen 10 und 30 DM erhalten."

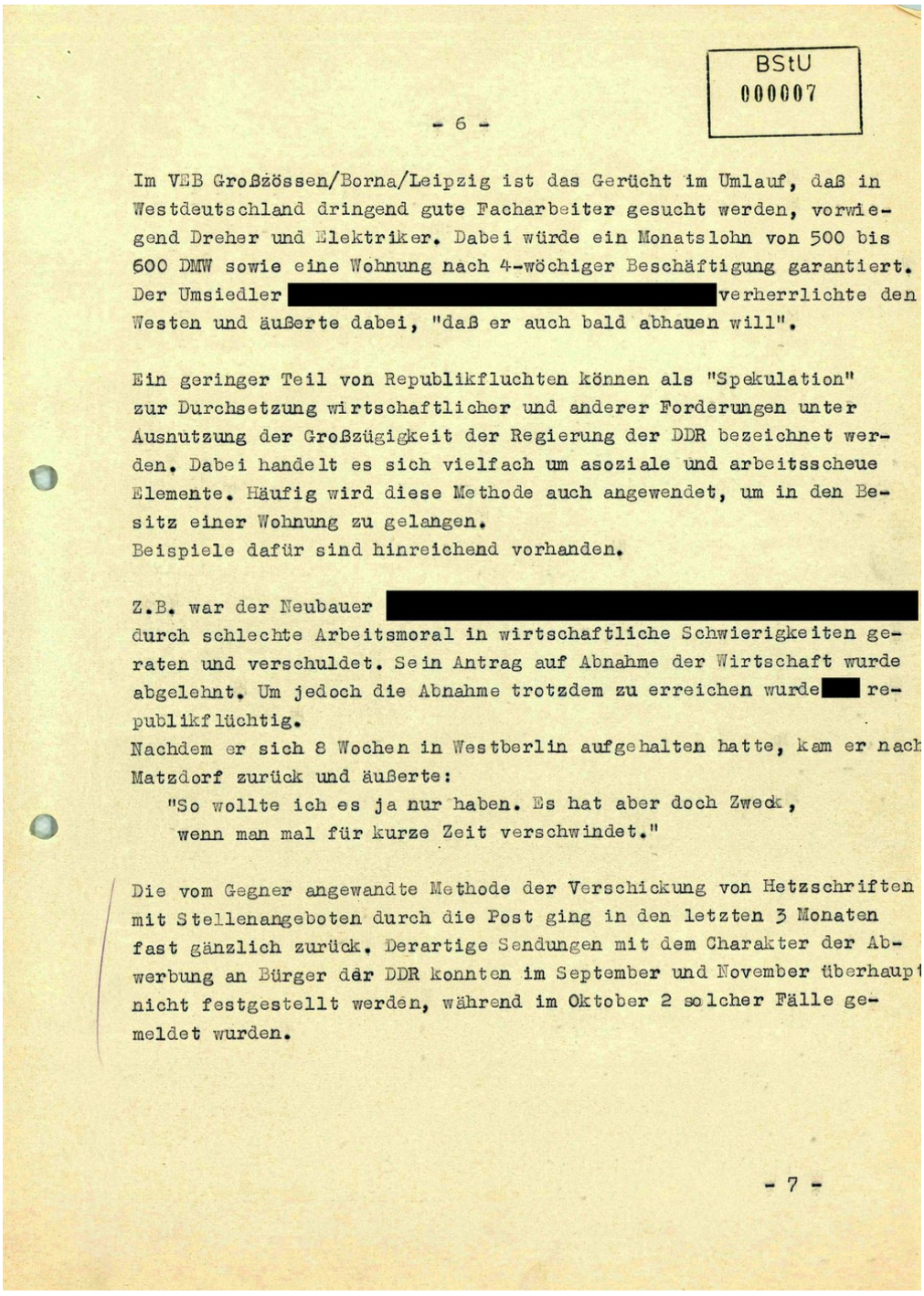
In der Bundesrepublik soll ab März 1957 für die Postangestellten ein neuer Tarifvertrag geplant sein. Die Arbeiter hoffen 2 Gruppen höher eingestuft zu werden, was monatlich 50 DM ausmacht.
Beamte sollen ab 5. 12. 1956 ein halbes Monatsgehalt als Überbrückungsgeld bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages erhalten.

Desweiteren wurde bekannt, daß die Fa. Siemens für ihr Werk in München Fernmeldemonteure, Mechaniker und Ingenieure sucht. Für Republikflüchtige besteht in diesem Falle die Möglichkeit, daß sie bei einer Bewerbung von Siemens eine Flugkarte erhalten und ohne ein Lager zu passieren, nach Westdeutschland ausgeflogen werden. Der Stundenlohn für Fernmeldemonteure beträgt in Westberlin 1,89 DMW und soll in Westdeutschland noch höher sein.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 6

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000007

Im VEB Großzössen/Borna/Leipzig ist das Gerücht im Umlauf, daß in Westdeutschland dringend gute Facharbeiter gesucht werden, vorwiegend Dreher und Elektriker. Dabei würde ein Monatslohn von 500 bis 600 DMW sowie eine Wohnung nach 4-wöchiger Beschäftigung garantiert. Der Umsiedler [redacted] verherrlichte den Westen und äußerte dabei, "daß er auch bald abhauen will".

Ein geringer Teil von Republikfluchten können als "Spekulation" zur Durchsetzung wirtschaftlicher und anderer Forderungen unter Ausnutzung der Großzügigkeit der Regierung der DDR bezeichnet werden. Dabei handelt es sich vielfach um asoziale und arbeitsscheue Elemente. Häufig wird diese Methode auch angewendet, um in den Besitz einer Wohnung zu gelangen.
Beispiele dafür sind hinreichend vorhanden.

Z.B. war der Neubauer [redacted] durch schlechte Arbeitsmoral in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und verschuldet. Sein Antrag auf Abnahme der Wirtschaft wurde abgelehnt. Um jedoch die Abnahme trotzdem zu erreichen wurde [redacted] republikflüchtig.
Nachdem er sich 8 Wochen in Westberlin aufgehalten hatte, kam er nach Matzdorf zurück und äußerte:

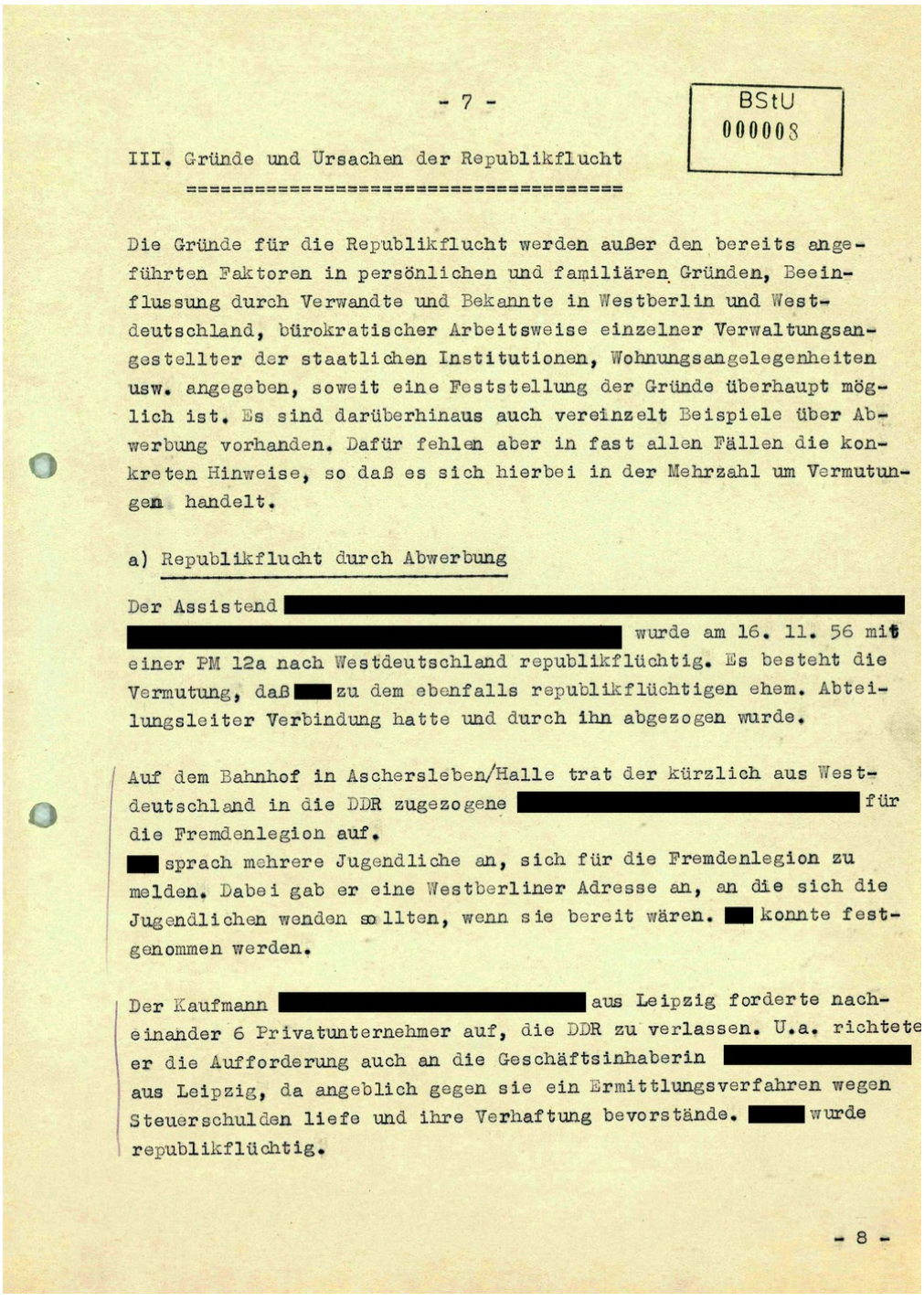
"So wollte ich es ja nur haben. Es hat aber doch Zweck, wenn man mal für kurze Zeit verschwindet."

Die vom Gegner angewandte Methode der Verschickung von Hetzschriften mit Stellenangeboten durch die Post ging in den letzten 3 Monaten fast gänzlich zurück. Derartige Sendungen mit dem Charakter der Abwerbung an Bürger der DDR konnten im September und November überhaupt nicht festgestellt werden, während im Oktober 2 solcher Fälle gemeldet wurden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 7

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000008

III. Gründe und Ursachen der Republikflucht

Die Gründe für die Republikflucht werden außer den bereits angeführten Faktoren in persönlichen und familiären Gründen, Beeinflussung durch Verwandte und Bekannte in Westberlin und Westdeutschland, bürokratischer Arbeitsweise einzelner Verwaltungsangestellter der staatlichen Institutionen, Wohnungsangelegenheiten usw. angegeben, soweit eine Feststellung der Gründe überhaupt möglich ist. Es sind darüberhinaus auch vereinzelt Beispiele über Abwerbung vorhanden. Dafür fehlen aber in fast allen Fällen die konkreten Hinweise, so daß es sich hierbei in der Mehrzahl um Vermutungen handelt.

a) Republikflucht durch Abwerbung

Der Assistend [redacted] wurde am 16. 11. 56 mit einer PM 12a nach Westdeutschland republikflüchtig. Es besteht die Vermutung, daß [redacted] zu dem ebenfalls republikflüchtigen ehem. Abteilungsleiter Verbindung hatte und durch ihn abgezogen wurde.

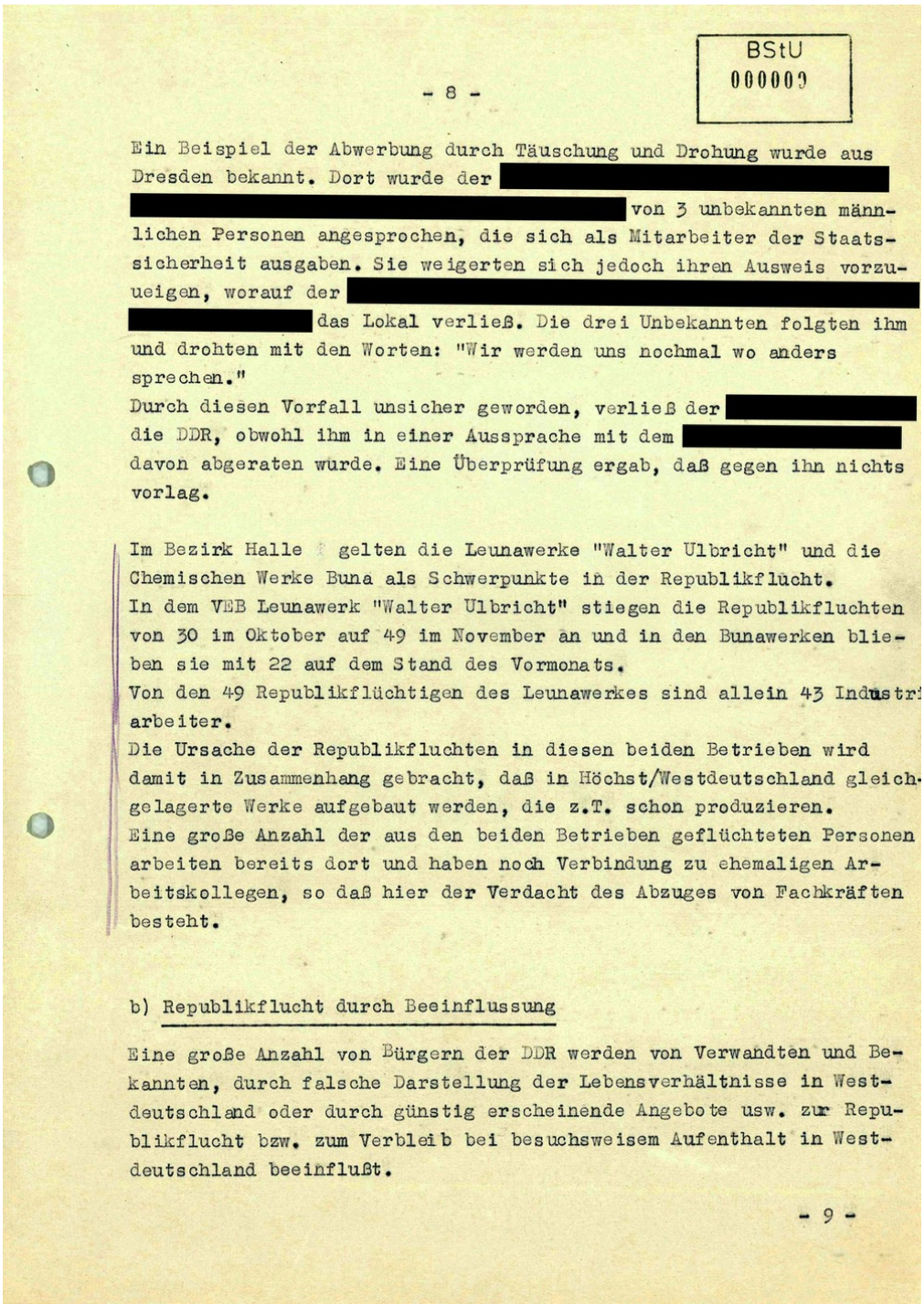
Auf dem Bahnhof in Aschersleben/Halle trat der kürzlich aus Westdeutschland in die DDR zugezogene [redacted] für die Fremdenlegion auf.
[redacted] sprach mehrere Jugendliche an, sich für die Fremdenlegion zu melden. Dabei gab er eine Westberliner Adresse an, an die sich die Jugendlichen wenden sollten, wenn sie bereit wären. [redacted] konnte festgenommen werden.

Der Kaufmann [redacted] aus Leipzig forderte nacheinander 6 Privatunternehmer auf, die DDR zu verlassen. U.a. richtete er die Aufforderung auch an die Geschäftsinhaberin [redacted] aus Leipzig, da angeblich gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen Steuerschulden liefe und ihre Verhaftung bevorstände. [redacted] wurde republikflüchtig.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 8

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000009

Ein Beispiel der Abwerbung durch Täuschung und Drohung wurde aus Dresden bekannt. Dort wurde der [redacted] von 3 unbekannten männlichen Personen angesprochen, die sich als Mitarbeiter der Staatssicherheit ausgaben. Sie weigerten sich jedoch ihren Ausweis vorzuzeigen, worauf der [redacted] das Lokal verließ. Die drei Unbekannten folgten ihm und drohten mit den Worten: "Wir werden uns nochmal wo anders sprechen."
Durch diesen Vorfall unsicher geworden, verließ der [redacted] die DDR, obwohl ihm in einer Aussprache mit dem [redacted] davon abgeraten wurde. Eine Überprüfung ergab, daß gegen ihn nichts vorlag.

Im Bezirk Halle gelten die Leunawerke "Walter Ulbricht" und die Chemischen Werke Buna als Schwerpunkte in der Republikflucht.
In dem VEB Leunawerk "Walter Ulbricht" stiegen die Republikfluchten von 30 im Oktober auf 49 im November an und in den Bunawerken blieben sie mit 22 auf dem Stand des Vormonats.
Von den 49 Republikflüchtigen des Leunawerkes sind allein 43 Industriarbeiter.
Die Ursache der Republikfluchten in diesen beiden Betrieben wird damit in Zusammenhang gebracht, daß in Höchst/Westdeutschland gleichgelagerte Werke aufgebaut werden, die z.T. schon produzieren.
Eine große Anzahl der aus den beiden Betrieben geflüchteten Personen arbeiten bereits dort und haben noch Verbindung zu ehemaligen Arbeitskollegen, so daß hier der Verdacht des Abzuges von Fachkräften besteht.

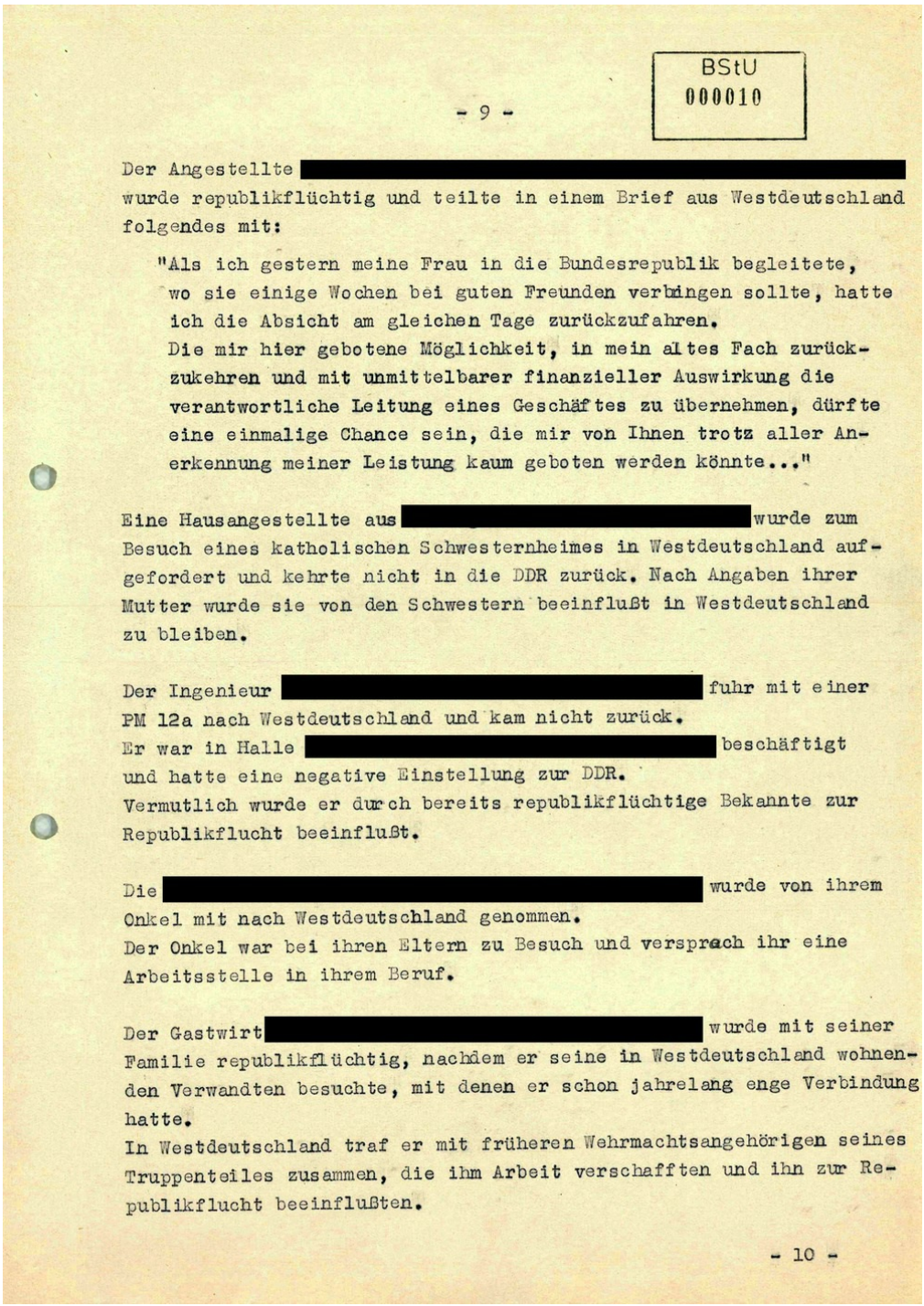
b) Republikflucht durch Beeinflussung

Eine große Anzahl von Bürgern der DDR werden von Verwandten und Bekannten, durch falsche Darstellung der Lebensverhältnisse in Westdeutschland oder durch günstig erscheinende Angebote usw. zur Republikflucht bzw. zum Verbleib bei besuchsweisem Aufenthalt in Westdeutschland beeinflußt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 9

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000010

- 9 -

Der Angestellte [redacted] wurde republikflüchtig und teilte in einem Brief aus Westdeutschland folgendes mit:

"Als ich gestern meine Frau in die Bundesrepublik begleitete, wo sie einige Wochen bei guten Freunden verbingen sollte, hatte ich die Absicht am gleichen Tage zurückzufahren.
Die mir hier gebotene Möglichkeit, in mein altes Fach zurückzukehren und mit unmittelbarer finanzieller Auswirkung die verantwortliche Leitung eines Geschäftes zu übernehmen, dürfte eine einmalige Chance sein, die mir von Ihnen trotz aller Anerkennung meiner Leistung kaum geboten werden könnte..."

Eine Hausangestellte aus [redacted] wurde zum Besuch eines katholischen Schwesternheimes in Westdeutschland aufgefordert und kehrte nicht in die DDR zurück. Nach Angaben ihrer Mutter wurde sie von den Schwestern beeinflußt in Westdeutschland zu bleiben.

Der Ingenieur [redacted] fuhr mit einer PM 12a nach Westdeutschland und kam nicht zurück.
Er war in Halle [redacted] beschäftigt und hatte eine negative Einstellung zur DDR.
Vermutlich wurde er durch bereits republikflüchtige Bekannte zur Republikflucht beeinflußt.

Die [redacted] wurde von ihrem Onkel mit nach Westdeutschland genommen.
Der Onkel war bei ihren Eltern zu Besuch und versprach ihr eine Arbeitsstelle in ihrem Beruf.

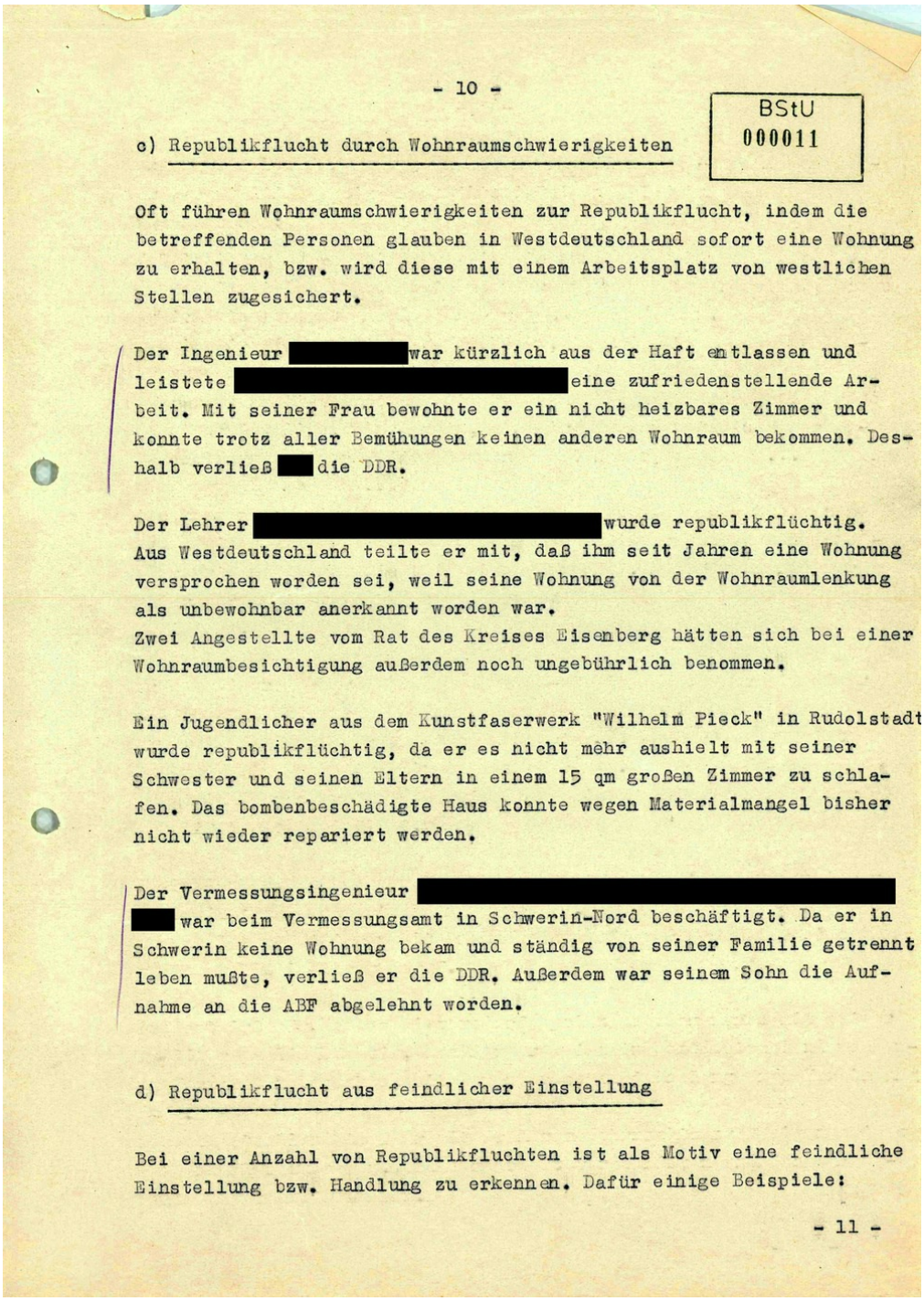
Der Gastwirt [redacted] wurde mit seiner Familie republikflüchtig, nachdem er seine in Westdeutschland wohnenden Verwandten besuchte, mit denen er schon jahrelang enge Verbindung hatte.
In Westdeutschland traf er mit früheren Wehrmachtsangehörigen seines Truppenteiles zusammen, die ihm Arbeit verschafften und ihn zur Republikflucht beeinflußten.

- 10 -

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 10

Bericht über Republikfluchten im November 1956



- 10 -

BStU
000011

c) Republikflucht durch Wohnraumschwierigkeiten

Oft führen Wohnraumschwierigkeiten zur Republikflucht, indem die betreffenden Personen glauben in Westdeutschland sofort eine Wohnung zu erhalten, bzw. wird diese mit einem Arbeitsplatz von westlichen Stellen zugesichert.

Der Ingenieur [redacted] war kürzlich aus der Haft entlassen und leistete [redacted] eine zufriedenstellende Arbeit. Mit seiner Frau bewohnte er ein nicht heizbares Zimmer und konnte trotz aller Bemühungen keinen anderen Wohnraum bekommen. Deshalb verließ [redacted] die DDR.

Der Lehrer [redacted] wurde republikflüchtig. Aus Westdeutschland teilte er mit, daß ihm seit Jahren eine Wohnung versprochen worden sei, weil seine Wohnung von der Wohnraumlenkung als unbewohnbar anerkannt worden war.
Zwei Angestellte vom Rat des Kreises Eisenberg hätten sich bei einer Wohnraumbesichtigung außerdem noch ungebührlich benommen.

Ein Jugendlicher aus dem Kunstfaserwerk "Wilhelm Pieck" in Rudolstadt wurde republikflüchtig, da er es nicht mehr aushielt mit seiner Schwester und seinen Eltern in einem 15 qm großen Zimmer zu schlafen. Das bombenbeschädigte Haus konnte wegen Materialmangel bisher nicht wieder repariert werden.

Der Vermessungsingenieur [redacted] war beim Vermessungsamt in Schwerin-Nord beschäftigt. Da er in Schwerin keine Wohnung bekam und ständig von seiner Familie getrennt leben mußte, verließ er die DDR. Außerdem war seinem Sohn die Aufnahme an die ABF abgelehnt worden.

d) Republikflucht aus feindlicher Einstellung

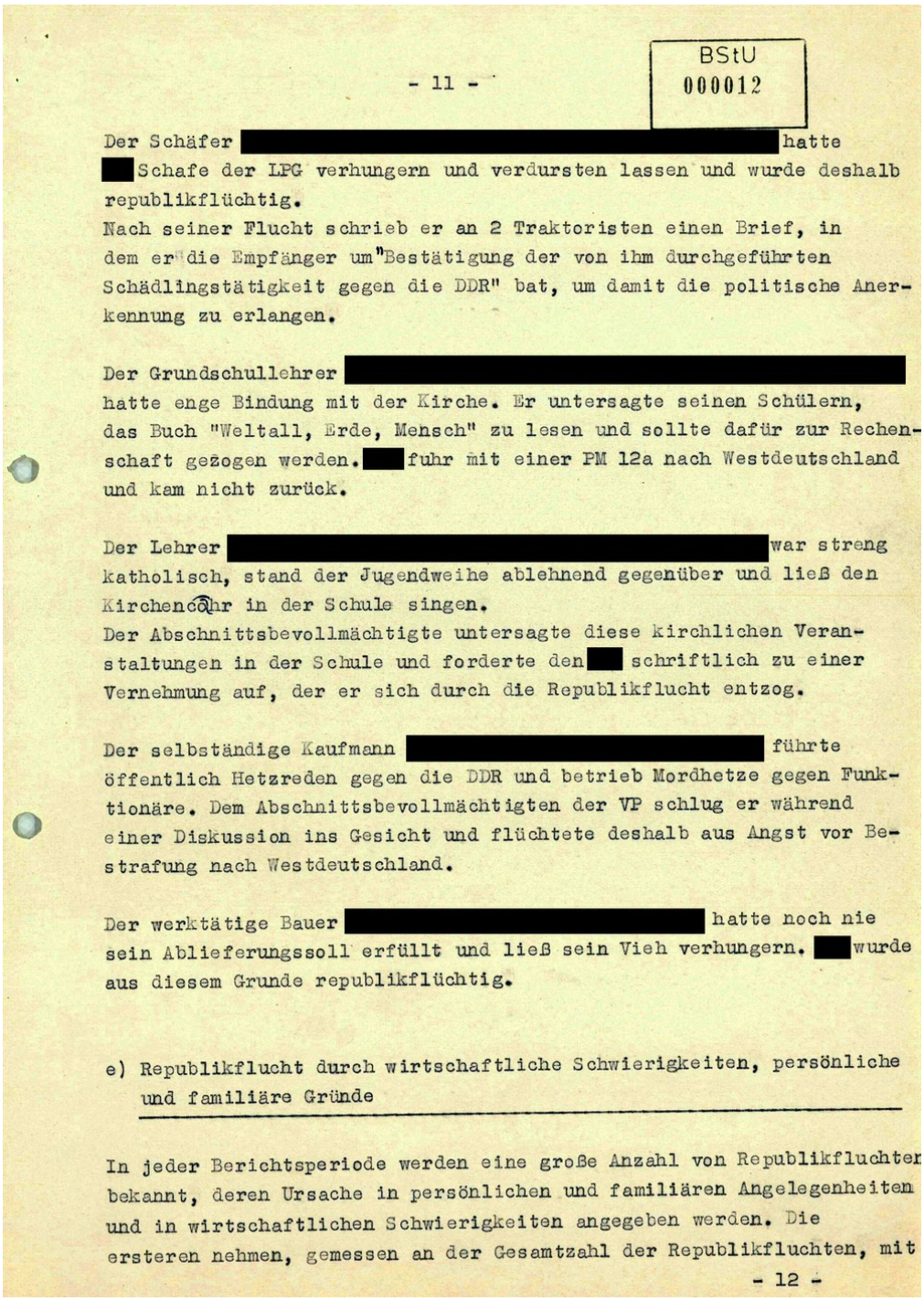
Bei einer Anzahl von Republikfluchten ist als Motiv eine feindliche Einstellung bzw. Handlung zu erkennen. Dafür einige Beispiele:

- 11 -

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 11

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000012

Der Schäfer [redacted] hatte [redacted] Schafe der LPG verhungern und verdursten lassen und wurde deshalb republikflüchtig.
Nach seiner Flucht schrieb er an 2 Traktoristen einen Brief, in dem er die Empfänger um "Bestätigung der von ihm durchgeführten Schädlingstätigkeit gegen die DDR" bat, um damit die politische Anerkennung zu erlangen.

Der Grundschullehrer [redacted] hatte enge Bindung mit der Kirche. Er untersagte seinen Schülern, das Buch "Weltall, Erde, Mensch" zu lesen und sollte dafür zur Rechenschaft gezogen werden. [redacted] fuhr mit einer PM 12a nach Westdeutschland und kam nicht zurück.

Der Lehrer [redacted] war streng katholisch, stand der Jugendweihe ablehnend gegenüber und ließ den Kirchenchor in der Schule singen.
Der Abschnittsbevollmächtigte untersagte diese kirchlichen Veranstaltungen in der Schule und forderte den [redacted] schriftlich zu einer Vernehmung auf, der er sich durch die Republikflucht entzog.

Der selbständige Kaufmann [redacted] führte öffentlich Hetzreden gegen die DDR und betrieb Mordhetze gegen Funktionäre. Dem Abschnittsbevollmächtigten der VP schlug er während einer Diskussion ins Gesicht und flüchtete deshalb aus Angst vor Bestrafung nach Westdeutschland.

Der werktätige Bauer [redacted] hatte noch nie sein Ablieferungssoll erfüllt und ließ sein Vieh verhungern. [redacted] wurde aus diesem Grunde republikflüchtig.

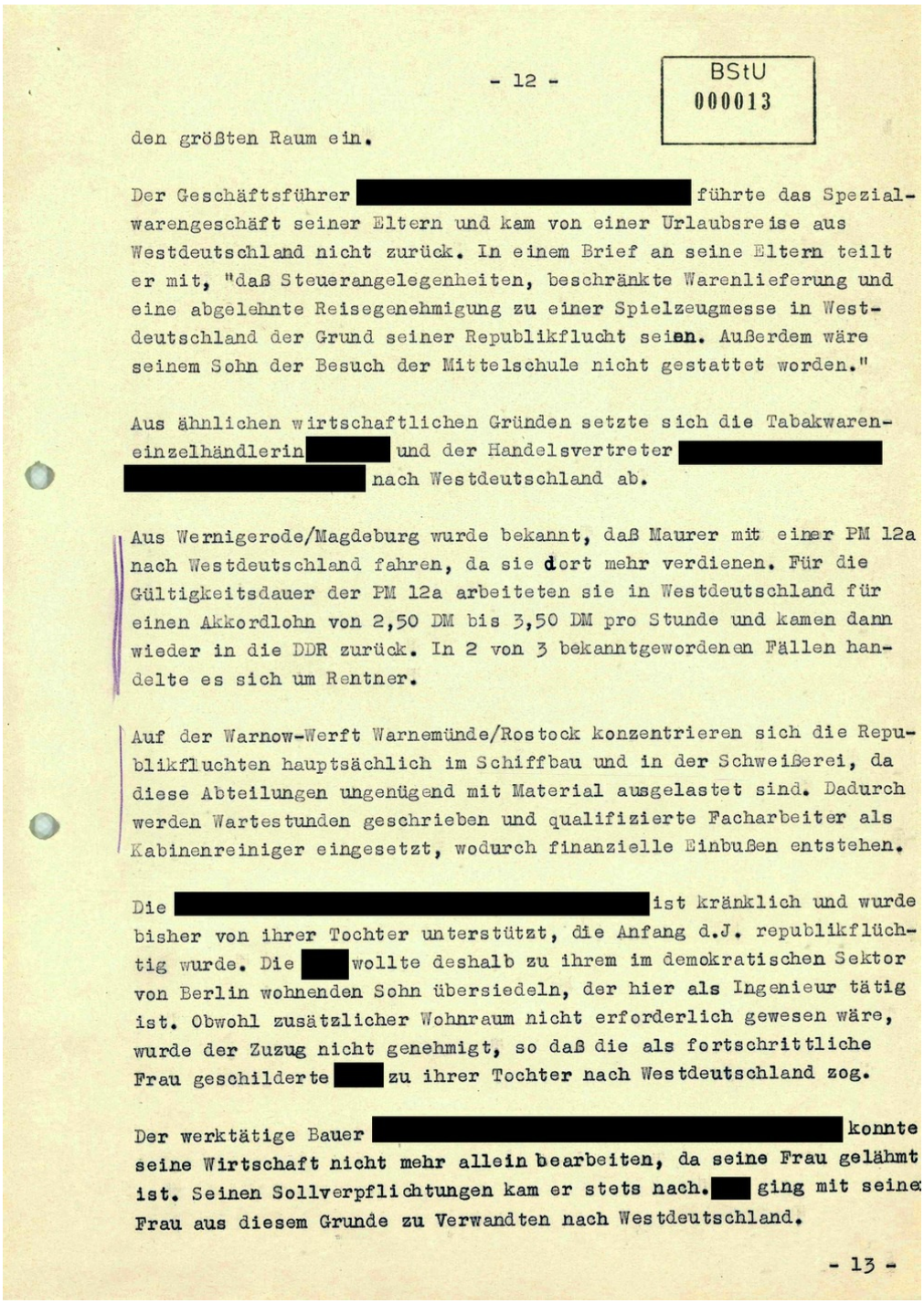
e) Republikflucht durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, persönliche und familiäre Gründe

In jeder Berichtsperiode werden eine große Anzahl von Republikfluchten bekannt, deren Ursache in persönlichen und familiären Angelegenheiten und in wirtschaftlichen Schwierigkeiten angegeben werden. Die ersteren nehmen, gemessen an der Gesamtzahl der Republikfluchten, mit

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 12

Bericht über Republikfluchten im November 1956



- 12 -

BStU
000013

den größten Raum ein.

Der Geschäftsführer [redacted] führte das Spezialwarengeschäft seiner Eltern und kam von einer Urlaubsreise aus Westdeutschland nicht zurück. In einem Brief an seine Eltern teilt er mit, "daß Steuerangelegenheiten, beschränkte Warenlieferung und eine abgelehnte Reisegenehmigung zu einer Spielzeugmesse in Westdeutschland der Grund seiner Republikflucht sein. Außerdem wäre seinem Sohn der Besuch der Mittelschule nicht gestattet worden."

Aus ähnlichen wirtschaftlichen Gründen setzte sich die Tabakwareneinzelhändlerin [redacted] und der Handelsvertreter [redacted] nach Westdeutschland ab.

Aus Wernigerode/Magdeburg wurde bekannt, daß Maurer mit einer PM 12a nach Westdeutschland fahren, da sie dort mehr verdienen. Für die Gültigkeitsdauer der PM 12a arbeiteten sie in Westdeutschland für einen Akkordlohn von 2,50 DM bis 3,50 DM pro Stunde und kamen dann wieder in die DDR zurück. In 2 von 3 bekanntgewordenen Fällen handelte es sich um Rentner.

Auf der Warnow-Werft Warnemünde/Rostock konzentrieren sich die Republikfluchten hauptsächlich im Schiffbau und in der Schweißerei, da diese Abteilungen ungenügend mit Material ausgelastet sind. Dadurch werden Wartestunden geschrieben und qualifizierte Facharbeiter als Kabinenreiniger eingesetzt, wodurch finanzielle Einbußen entstehen.

Die [redacted] ist kränklich und wurde bisher von ihrer Tochter unterstützt, die Anfang d.J. republikflüchtig wurde. Die [redacted] wollte deshalb zu ihrem im demokratischen Sektor von Berlin wohnenden Sohn übersiedeln, der hier als Ingenieur tätig ist. Obwohl zusätzlicher Wohnraum nicht erforderlich gewesen wäre, wurde der Zuzug nicht genehmigt, so daß die als fortschrittliche Frau geschilderte [redacted] zu ihrer Tochter nach Westdeutschland zog.

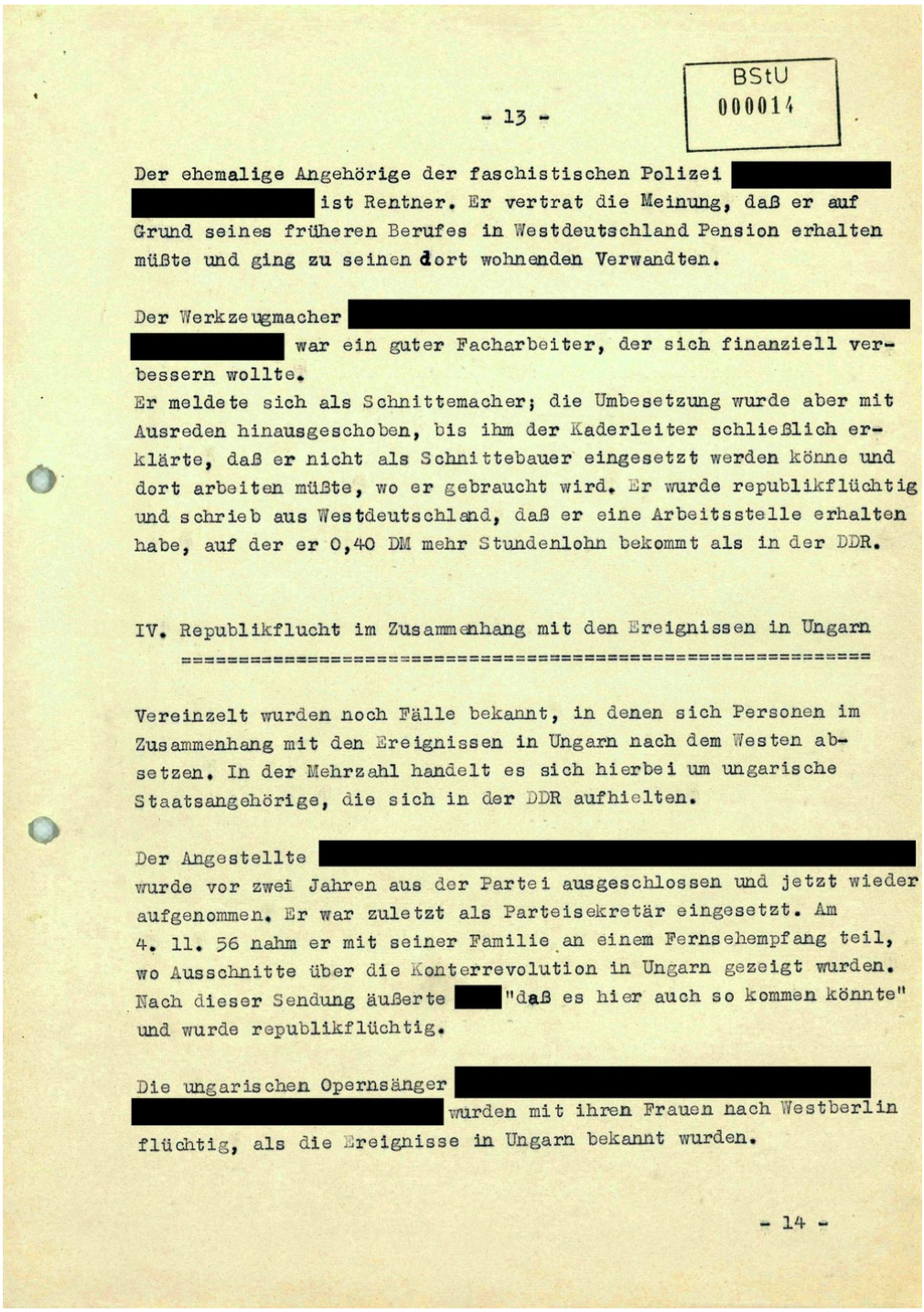
Der werktätige Bauer [redacted] konnte seine Wirtschaft nicht mehr allein bearbeiten, da seine Frau gelähmt ist. Seinen Sollverpflichtungen kam er stets nach. [redacted] ging mit seiner Frau aus diesem Grunde zu Verwandten nach Westdeutschland.

- 13 -

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 13

Bericht über Republikfluchten im November 1956



BStU
000014

Der ehemalige Angehörige der faschistischen Polizei [redacted] ist Rentner. Er vertrat die Meinung, daß er auf Grund seines früheren Berufes in Westdeutschland Pension erhalten müßte und ging zu seinen dort wohnenden Verwandten.

Der Werkzeugmacher [redacted] war ein guter Facharbeiter, der sich finanziell verbessern wollte.
Er meldete sich als Schnittemacher; die Umbesetzung wurde aber mit Ausreden hinausgeschoben, bis ihm der Kaderleiter schließlich erklärte, daß er nicht als Schnittebauer eingesetzt werden könne und dort arbeiten müßte, wo er gebraucht wird. Er wurde republikflüchtig und schrieb aus Westdeutschland, daß er eine Arbeitsstelle erhalten habe, auf der er 0,40 DM mehr Stundenlohn bekommt als in der DDR.

IV. Republikflucht im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn

Vereinzelt wurden noch Fälle bekannt, in denen sich Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn nach dem Westen absetzen. In der Mehrzahl handelt es sich hierbei um ungarische Staatsangehörige, die sich in der DDR aufhielten.

Der Angestellte [redacted] wurde vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossen und jetzt wieder aufgenommen. Er war zuletzt als Parteisekretär eingesetzt. Am 4. 11. 56 nahm er mit seiner Familie an einem Fernsehempfang teil, wo Ausschnitte über die Konterrevolution in Ungarn gezeigt wurden. Nach dieser Sendung äußerte [redacted] "daß es hier auch so kommen könnte" und wurde republikflüchtig.

Die ungarischen Opernsänger [redacted] wurden mit ihren Frauen nach Westberlin flüchtig, als die Ereignisse in Ungarn bekannt wurden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1, Bl. 1-14

Blatt 14